

Erscheint wöchentlich
zweimal:
Donnerstag und
Sonntag.
Bestellungen nehmen
alle Postanstalten an;
in Grünberg die Expe-
dition in den 3 Bergen.

Grünberger Wochenblatt.

(Zeitung für Stadt und Land.)

Redaction: Dr. W. Levensohn in Grünberg.

Vierteljährlicher
Pränumerationspreis
7½ Sgr.
Inserate:
1 Sgr. die dreizehnpa-
rene Corpusspaltzeile.

Rückblicke und Ausblicke.

(Fortsetzung und Schluß)

Nach dem Ableben Königs Frederik VII trat der nach dem deutschen Erbfolgerecht allein zur Thronfolge in Schleswig-Holstein berechnete Prinz Friedrich von Sonderburg-Augustenburg, welcher bereits 1853 einen entschiedenen Protest gegen die Erbfolge-Bestimmungen des londoner Tractates eingelegt und seitdem auf seinem Gute Dolzig in der Laußig die weiteren Ereignisse abgewartet hatte, sofort mit einer Proclamation an die Herzogthümer hervor. Durch dieselbe erklärte er unter Anerkennung und Annahme des von der Schleswig-Holstein'schen Landesversammlung 1849 ausgearbeiteten und beschlossenen Staatsgrundgesetzes für die beiden Herzogthümer seine Bereitschaft zur Uebernahme der Regierung derselben, sowie des kleinen, oberhalb an der Elbe gelegenen Lauenburg. Sein Auftreten gab der ganzen nun beginnenden Bewegung alsbald eine feste Richtung. Während das Volk der Herzogthümer unter dem dänischen Joche noch still bleiben mußte, regte es sich um so kräftiger im übrigen Deutschland. Allenfalls wurden Volksversammlungen abgehalten und Comité's eingelegt zur Unterstützung des so lange verlassenem Bruderstammes, zur Beschaffung von Geld und zur Ausrüstung von Mannschaften für den Kampf gegen die Dänen. Alle deutschen Volksvertretungen, so weit sie versammelt waren, auch das preussische Abgeordnetenhaus in den Resolutionen vom 1. December und in der späteren Adresse an die Krone, sprachen sich für das Erbfolgerecht des Prinzen Friedrich, sowie gegen die Verbindlichkeit des londoner Vertrages aus, weil dieser weder vom deutschen Bunde, noch von den Ständen der Herzogthümer Schleswig und Holstein, noch von den Agnaten des Hauses Oldenburg anerkannt, außerdem aber auch von Dänemark durch die schmachlichste Mißhandlung der deutschen Bevölkerung Schleswig-Holsteins und die erklärte Einverleibung Schleswigs offenkundig gebrochen worden ist. In Frankfurt fand den 21. December eine große Versammlung von 484 Abgeordneten aus allen deutschen Volksvertretungen statt, welche gleiche Beschlüsse faßte und einen Ausschuß von 36 Mitgliedern als Mittelpunkt der geselligen Thätigkeit der deutschen Nation für die Durchführung der Rechte der Herzogthümer wählte. Die verschiedenen politischen Parteien, mit Ausnahme der preussischen Feudalpartei, vereinigten sich zu gemeinsamem Handeln. Was die deutschen Regierungen anbetrifft, so konnte die Lostrennung Schleswig-Holsteins von Dänemark und die Erbfolge des Prinzen Friedrich von Augustenburg bei Preußen und Oesterreich um so weniger auf Beifall und Unterstützung rechnen, als ja hier noch dieselben Männer oder doch Männer von denselben Grundsätzen, wie die von 1849 und der folgenden Jahre, die Herren von Bismarck, v. Radowitz u. s. w. am Staatsruder standen. Je eifriger das deutsche Volk auf die Befreiung der Herzogthümer von Dänemark drang, desto entschiedener erklärten sich in der That die Regierungen der beiden genannten Staaten für die Aufrechterhaltung des londoner Protokolls, d. h. für die Aufrechterhaltung der dänischen Herrschaft in den Herzogthümern. Es zeigte sich hier wieder, wie jede nationale Bewegung diesen Staatsmännern verdächtig und unheimlich ist; sie zu unterstützen oder zu leiten, gilt ihnen als eine Gefährdung der Regierungs-Autorität, deren Befestigung sie im Gegentheil fast nur in

einer beständigen Bekämpfung der Wünsche und Bestrebungen des Volkes suchen; außerdem mögen sie die dänische Herrschaft lieber in Schleswig-Holstein sehen, als hier im Norden einen neuen deutschen Staat mit dem freisinnigen, von dem Prinzen Friedrich anerkannten Staatsgrundgesetz von 1849; daß damit auch ein legitimes fürstliches Erbfolgerecht, welches ihnen doch sonst als heilig und unverleglich gelten soll, vernichtet wird, kommt für sie hierbei nicht in Betracht, höchstens soll die dänische Regierung angehalten werden, die Einverleibung Schleswigs zu unterlassen und die deutsche Nationalität daselbst zu achten, in welcher Weise dies aber nach den bisherigen Erfahrungen dauernd ermöglicht werden soll, ist völlig unklar und unerforschlich. Die Fürsten der mittleren und kleineren deutschen Staaten dagegen haben mehr oder minder entschieden die Sache des Prinzen Friedrich ergriffen, indem sie theils der volksthümlichen Strömung folgen, theils in dessen Einsetzung eine Bürgschaft ihrer Selbstständigkeit gegenüber den beiden Großmächten erblicken. Zunächst wurde nun vom Bundestage der schon längere Zeit eingebrachte österreichisch-preussische Antrag auf Execution Holstein's durch den Bund angenommen, unter Vorbehalt der vom Bunde noch zu prüfenden Rechte des Prinzen Friedrich, und so sahen wir endlich am Schlusse des Jahres sächsisch- und hannoversche Bundestruppen dieses Herzogthum besetzen und zwei Bundescommissare dessen Regierung übernehmen. Der dänische Protokollkönig Christian IX, welcher, von der kopenhagener Bevölkerung gedrängt, das neue Staatsgrundgesetz und die Einverleibung Schleswigs alsbald unterzeichnet hatte, biest es für gerathener, die dänischen Truppen unter Protest ohne Kampf zurückzuziehen. Sobald aber Holstein von dem dänischen Abdruck befreit war, that sich in dem ganzen Herzogthum die trefflichste, festeste und einmüthigste Stimmung kund und überall vereinigte sich das Volk zur Proclamation und Anerkennung des Herzogs Friedrich VIII von Augustenburg.

Der Gegensatz, welcher in der Sache Schleswig-Holsteins zwischen Preußen und Oesterreich einerseits und den kleineren deutschen Fürsten und dem deutschen Volke andererseits an den Tag getreten ist, hat seitdem einen immer größeren Umfang gewonnen. So dürfte das Jahr 1864 vielleicht ein für die Geschichte des Vaterlandes auf lange Zeit hin entscheidendes werden. Das Jahr 1863 war ein Jahr der Festversammlungen und der Jubeltage; wir erinnern nur an das leipziger Turnfest und an das Jubiläum der leipziger Schlacht. „Unter den Augen einer bald dahin geschwundenen Generation,“ (sagt in dieser Beziehung ein deutscher Patriot,) „welche die einzige historische That, die jemals für deutsche Nationaleinheit geschehen ist, vollzogen, hat die männliche Jugend heiße Gefühle abgelegt, diese müssen als Saat aufgehen in dem durch zerstörte Verfassungen und preisgegebene Landesrechte gedüngten Boden. Es ist viel gejubelt worden, als nicht Zeit zum Jubeln war, und Rath geplatzt worden, als gehandelt werden sollte. Jetzt tritt die Forderung der That mit dem ganzen gebieterischen Ernste der bedrohten National-Existenz an uns heran. Hoffentlich liegt die Zeit der rednerischen Phrasen hinter uns und die Zeit der ernstesten, intensivsten Thätigkeit beginnt.“

— In der Sitzung vom 22. sprach Schulze (Berlin) als Antragsteller. Er hebt hervor, daß der Ministerpräsident auf die von Virchow geschilderten Gefahren eines Bündnisses mit Oesterreich nicht erwidert habe; noch dazu, da die Wiener Presse von bestimmten Staats-Verträgen zwischen Preußen und Oesterreich spreche, die hoffentlich nicht ohne Befragen des Hauses abgeschlossen würden. Preußen hätte durch seine Politik nichts gewonnen, als die Abneigung des deutschen Volkes und der deutschen Regierungen. Dem Erzfeind Oesterreich würde in die Hände gearbeitet und ein zweites Olmütz vorbereitet. Der Ministerpräsident wüßte der Majorität vor, sie wolle nichts von Preußen wissen. Preußens Aufgabe sei es, mit den scandinavischen Staaten in gutem Einvernehmen zu bleiben. Um ein Minister zu sein, wie die Mehrheit ihn wolle, müsse er mit den Traditionen, mit der Geschichte und mit dem Volksgesiste Preußens brechen. Die Mehrheit wolle Preußen mediatisiren und stelle ihren Partei-Standpunkt über die Interessen des Landes. Schwerin erklärt, daß preussische Interessen von deutschen nie zu trennen sein; die Mehrheit wolle sich nicht von der Verfassung lossagen, sondern im Gegentheil eifriges Festhalten an derselben. Wenn die Regierung andere Wege ginge, würde sie das preussische Interesse mehr fördern. Das Land habe das Recht, nach Ziel und Zweck der Mittel zu fragen, die die Regierung verlange. Die Ziele der Regierung seien nicht heilsam. Er sei für das Recht des Herzogs Friedrich. Es handle sich dabei um eine Rechtsfrage und man dürfe das Recht nicht auf die Bajonette stützen. Er stimme gegen die Anleihe, weil er die Politik der Regierung nicht billige. Der Kriegsminister hält die Thaten in den Herzogthümern aus dem Anfang der 50er Jahre nicht für die glänzendsten in der preuss. Geschichte und glaubt, daß diese Thaten gutgemacht werden müßten. Blankenburg meint, Bismarck habe den König vor sich und dieser das Heer hinter sich. Der Brief des Herzogs von Augustenburg an Napoleon hätte des Redners Gefühl auf das Tiefste verletzt. Oesterreich gehe mit Preußen einfach zur Niederhaltung der Revolution. Löwe bemerkt, vor einem Jahre hätte er einen Rheinbund nicht für möglich gehalten, als höchstens nach einer unglücklichen preussischen Campagne; jetzt aber habe der Ministerpräsident den Rheinbund vor einer solchen möglich gemacht. Bei der Abstimmung wird das Anleihegesetz mit 275 gegen 51 Stimmen verworfen, die Resolution der Commission indeß mit dem Zusatz von Groote, daß der Gang der preussisch-oesterreichischen Politik kein anderes Ergebnis haben kann, als das, die Herzogthümer zum zweiten Male an Dänemark zu überliefern, angenommen.

— In der Sitzung des Abg. Hauses vom 23. wird über die Bemerkungen der Oberrechnungskammer zu den Rechnungen von 1859 und 1860 beraten. Der Commissions-Antrag auf Mittheilung der Bemerkungen der Oberrechnungskammer über Mängel in der Verwaltung u. s. w. wird angenommen; ebenso der Commissions-Antrag betreffs der Nachweisung der Activa des Staatsschatzes, wobei Lette erwähnt, daß unter einem Verstande von 20 Millionen im Staatsschatze sich vielleicht 10 Millionen faule Activa vorfinden möchten. Bei der Verathung des Gesegentwurfes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst hält der bekannte Wantrup seine Jungfern-Rede, in welcher er bemerkt, die Regierungsvorlage sei nicht verfassungswidrig und wäre sie es, so sei der König nicht erst durch die Verfassung König geworden; er verdanke seine Macht einem älteren Gesetze. Der Kriegsminister meint, die Reorganisation sei nichts anderes, als unsere alte Militair-Verfassung, nur mit einigen Modificationen. Waldeck erwähnt, das Land müßte überzeugt werden, daß seine Vertreter früher die Kosten der Reorganisation gestrichen haben, weil sie sie für gemeingefährlich halten, weil eine solche Armee, wie die Regierung sie fordere, nur geeignet sei, Cabinets- und Scheinkriege zu führen.

— In der Sitzung vom 25. theilt der Präsident mit,

daß das Herrenhaus den Staatshaushalts-Stat, wie ihn das Haus beraten, verworfen und die Regierungsvorlage, die ihm gar nicht zugegangen, angenommen habe. Er sei überzeugt, daß nach der Verfassung ein Staatshaushalts-Stat für 1864 zu Stande kommen müsse und daß das Haus nicht eher entlassen werden könne, als bis er zu Stande gekommen sei. Die Budget-Commission wird beauftragt, über das Schreiben des Herrenhauses zu berichten. Vor Beginn der Debatte über die Militair-Novelle theilt der Regierungs-Commissar mit, daß die Regierung an der Fortführung der Debatte kein Interesse habe, da das Budget verworfen sei. Oeneist, Verichterstatter, findet, noch nirgends hätte man einem Lande eingeredet, daß das Aufrechterhalten einer 50jährigen Verfassung (des Landwehrgesetzes) das Land wehrlos machen heiße. — Die Budget-Commission schlägt darauf folgende Resolutionen vor: 1) Der von dem Herrenhause gefasste Beschluß, durch welchen dasselbe den ihm verfassungsmäßig nicht vorliegenden Budget-Entwurf der Regierung im Ganzen angenommen hat, verlißt gegen Artikel 62 der Verfassung und ist deshalb null und nichtig. 2) Das Herrenhaus hat durch Ablehnung des vom Abg. Hause beschlossenen Etats der Regierung die verfassungsmäßige Verfügung entzogen, die darin bewilligten Ausgaben zu leisten; 3) Die Regierung macht sich eines offenen Verfassungsbruches schuldig, wenn sie fortfährt, ohne Zustimmung der beiden Häuser des Landtages über die Mittel des Staates eigenmächtig zu verfügen; 4) Jede Anleihe, in welcher Form es auch sei, die ohne Genehmigung der Landesvertretung für den Staat aufgenommen werden sollte, ist verfassungswidrig und für den preussischen Staat allezeit unverbindlich. — Die Resolutionen werden mit überwiegender Mehrheit angenommen. Der Minister des Innern theilt darauf mit, daß die Session um 3 Uhr geschlossen würde. Unterdeß wird die Verathung der Militairnovelle beendet und sie mit 268 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Der Präsident Grabow führt aus, daß das Land aus der Thätigkeit des Hauses die Ueberzeugung gewinnen werde, daß das Haus bemüht gewesen sei, die Verfassung gegen die eideswidrigen Einbrüche in des Volkes beschworene Rechte zu erhalten und die Wohlfahrt des Landes zu befördern. Er weist auf die einseitige Ausführung der Heeres-Reorganisation, auf das budgetlose Regiment hin; er betont, daß die liberalen Grundsätze des Jahres 1858 verlassen seien und daß die Machfrage die königlichen Worte verdrängt habe; der Absolutismus trete unter dem Gewande des Schein-Constitutionalismus in den Vordergrund; dazu träten noch schwere äußere Verwickelungen. Die moralischen Eroberungen seien verloren, die deutsche Einheit in Frage gestellt, und die heilige Allianz mit allen ihren Gefahren erscheine wieder am Horizont. Nur die Liebe des Volkes zu seinem verfassungstreuen König, nur die Rückkehr zu den verfassungsmäßigen Zuständen geben Gewähr für einen heilsamen Ausgang. In dieser Hoffnung schließt er mit dem Rufe: „Es lebe seine Majestät der König!“ — Die Rede, mit der das Haus geschlossen wurde, können wir wegen Mangel an Raum nicht mittheilen; es genügt, anzuführen, daß sie Vorwürfe auf Vorwürfe gegen das Abgeordnetenhaus schleudert, auf die Grabow in seinen obigen Worten schon im Voraus geantwortet hat.

— Das Herrenhaus hielt am 23. eine Sitzung, in der über das Budget debattirt wurde. Die Minderheit der Commission hatte beantragt, zwar einzelne Titel des Budgets nicht abzulehnen, der Regierung aber die Bereitwilligkeit auszusprechen, die Zustimmung zu den Reorganisationskosten auf Grund einer verfassungsmäßigen Vorlage zu erteilen, während die Commission, wie im vorigen Jahre, die Ablehnung der Beschlüsse des Abg. Hauses und Annahme der (dem Herrenhause vom Abgeordnetenhause gar nicht mit übergebenen) Regierungsvorlage beantragt. Bemerkenswerth ist, daß Herr v. Zander und Graf Wittberg gegen die Commission stimmten. Die Herstellung des Regierungsetats wird mit 58 gegen 17 Stimmen beschlossen.

Preußen. Den mobil gemachten Infanterie-Regimentern soll der Befehl zugegangen sein, sich spätestens den 28. zum Abmarsch bereit zu halten.

Oesterreich. Der Finanz-Ausschuss hat beschlossen, statt der für die Occupation Schleswigs von der Regierung geforderten 10 Millionen Gulden nur den Matrikular-Beitrag von 5 1/2 Millionen zu bewilligen und zu erklären, daß die Occupation den wahren Interessen Oesterreichs nicht entspreche, den Weltfrieden nicht sichere und daß das Haus jede Verantwortung für die Folgen ablehne.

Schleswig-Holstein. An einzelnen Orten Holsteins verweigert man den preussischen Truppen das Quartier, da sie nicht als Bundesstruppen anzusehen seien. Ebenso ist auch im Oldenburgischen, durch das der Durchmarsch der Truppen geschehen mußte, denselben ein solches verweigert worden. Trotz alledem wird der Geist der preussischen Truppen sehr gelobt. In mehreren Orten sind sie unter Absingung des Schleswig-Holstein-Liedes eingezogen.

Der Stadt Hamburg ist (wie man angiebt, durch ein Versehen) von dem Einrücken der preussischen Truppen keine Mittheilung gemacht worden. Es hat dies nicht dazu beigetragen, die Beliebtheit der preussischen Politik dort zu steigern.

Die Dänen schleppen Alles mit sich fort und scheinen sich auch in Schleswig nicht mehr sicher zu fühlen. So haben sie u. A. auch die Kanzlei der Garnison-Kirche in Rendsburg mit nach Norden hinauf genommen.

Grünberger und Provinzial-Nachrichten.

Sorau. Am 24. trafen die ersten österr. Truppen

hier ein. Das zahlreich versammelte Publikum indes fand sich in seinen Erwartungen getäuscht, da der Bahnhof gesperrt und der Verkehr mit den Truppen ganz und gar gehemmt worden war. Auch aus Grünberg hatten sich an diesem Tage sehr viele Neugierige eingefunden, die aber ebenfalls nichts gesehen haben sollen, als die wohlbekannten Räume des Bahn- und Bahnhofes.

Briefkasten.

Herr Redacteur! An wem liegt es, daß trotz der großen Finsterniß der letzten Abende die Straßenlaternen nicht angezündet werden? Ein Lichtfreund.

Antwort: Daran, daß Vollmond im Kalender steht. Der Lichtfreund wird übrigens ersucht, bis zum 1. November d. J. zu warten, an welchem Termine hoffentlich das Gas unsere Stadt trotz des Vollmondes im rechten Lichte erscheinen lassen wird.

Herr Redacteur! Trotz Ihres guten Rathes habe ich das geheizte Wartezimmer auf dem Gerichte noch nicht gefunden.

Antwort: Das ist nicht die Schuld der Redaction. Wenden Sie sich doch, wenn Sie warten müssen, in einer schriftlichen Eingabe an das Gericht, die wird präsentirt, journalisirt, abgetreirt, die Verfügung dann expedirt, revidirt, superrevidirt, mundirt, subskribirt und insinuirt, Sie aber unterdeß kalt gestellt werden, was Ihnen von hier aus schon jezt passiert, damit Ihnen die weiteren Fragen eins frieren, da man nicht immer Lust zu antworten hat.

Dem Abonnenten aus Schweinig zur Nachricht, daß dem gerügten Uebelstande abgeholfen werden wird.

Inserate.

Verpachtung.

Das zur hiesigen Kammererei gehörige und eine Meile von hier belegene Rest-vorwerk Zischauddorf soll sofort auf neun Jahre öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden. Zu demselben gehören etwa 132 Morgen 97 Q.-Ruthen Acker und Gärten und 21 Morgen 19 Q.-Ruthen zweischürige Dörrwaldwiesen.

Der Bietungs-Termin ist auf **Dienstag den 16. Februar cr. Vormittags 11 Uhr**

im Magistrats-Sitzungs-Zimmer auf dem Rathhause anberaumt und werden Pachtlustige zu demselben mit dem Bemerkten eingeladen, daß die Bedingungen in der Magistrats-Registatur einzusehen sind und Auswärtigen gegen Erstattung der Schreibgebühren zugefertigt werden können.

Grossen, den 12. Januar 1864.

Der Magistrat.

Johann. Busche. Saueremann.

Es wird in vom hies. Magistrat in Erinnerung gebracht, daß im Monat Januar o. die Feuer-Societätsbeiträge und die Hundesteuer fällig sind und mit 1. Februar Mahnzettel ausgehen. Wegen Resten jeder Art aus dem Jahre 1863 ist Execution bereits verfügt.

Für Schleswig-Holstein ging ferner ein: in einer frühlichen Gesellschaft junger Leute gesammelt 2 Thlr.; im Ganzen 186 Thlr. 10 Egr.



2c. 2c. billigt bei

N. W. Bullrich's Universal-Reinigungs-Salz, Pfund 7 1/2 Egr., Brömmers Fleckwasser, die besten Parfümerien, alle nur irgend existirenden guten Haus- und Toilette-Seifen, sehr hell brennende Stearin- und Paraffinkerzen in verschiedenen Packungen, Stangenpomaden, alle anderen Pomaden und feinstes Haaröl, Klettenwurzelöl, feinste Schminke W. Peschmann am Markt.

Zur Einsegnung

erlaube ich mir auf mein Lager der neuesten Kleiderstoffe und Tücher aufmerksam zu machen. Auch verkaufe ich noch 3/4 breite ächte Kattune zu den alten Preisen, Victoria-Rockzeuge, Wales-Westen und schwarz-seidene Herrenhalbtücher sehr billig. J. Sabersky am Markt.

Amerikanischer Hämorrhoidal- und Blutreinigungs-Zucker,

anerkannt von den bedeutendsten medicinischen Autoritäten, sowie von vielen praktischen Aerzten untersucht und selbst bei ihren Patienten angewendet, ist in Schachteln zu 7 1/2 und 15 Egr. jezt auch hierorts ächt zu haben in der Parfümerie- und Seifenwaarenhandlung von **W. Peschmann am Markt.**

Die öffentliche Prüfung der in diesem Jahre angebrachten Gesuche von Reserve- und Landwehrmannschaften. Behufs Zurückstellung hinter die 7. Einberufungs-Klasse des ersten Aufgebors der Landwehr wird unmittelbar im Anschluß an das Kreis-Ersatz-Geschäft Donnerstag den 4. Februar o. stattfinden. Den Theilnehmenden ist es gestattet, bei der Prüfung persönlich zugegen zu sein. Sind die Verhältnisse einzelner Bittsteller von der Art, daß das Zeugniß anderer Personen auf die Ent-

scheidung von Einfluß sein könnte, so bleibt es denselben überlassen, für deren gleichzeitige Anwesenheit Sorge zu tragen. — Wer es verabsäumt hat, der Aufforderung vom 2. Januar o. ungeachtet, die Zurückstellung in Antrag zu bringen, hat sich die für ihn oder seine Angehörigen daraus entstehenden Nachtheile lediglich allein beizumessen, weil im Augenblick einer Einberufung alle Gesuche um Zurückstellung unstatthaft sind.

Zur bevorstehenden Frühjahrs-Saison empfehle ich mich zur Annahme von Strohhüten zum

Waschen, Färben und Modernisiren

und werden Hüte von Italiener, Brüsseler englischen und deutschen Geflechten, so wie alle Arten Herrenhüte nach den neuesten Facons umgearbeitet und bitte ich die geehrte Damen um recht baldige Aufträge und werde ich bei schnellster Effectuirung die billigsten Preise stellen.

Heinrich Hübner.

Theater in Grünberg.

Donnerstag den 28. Januar: Zum Benefiz für Herrn Pauer. Zum ersten Male (Mit durchweg neuen Costümen und brillanter Ausstattung): **Dr.pheus in der Hölle.** Komische Operette in 4 Akten von Offenbach. Im 2. Akte der Olymp und im 3. Akte die Hölle sind die Dekorationen neu gemalt.

G. Kruse, Direktor.

Freitag den 29 d. M. Versammlung des **Gew. und Gartenvereins.** Vortrag des Herrn Kaufmann F. Förster.

Sonnabend den 30. Januar Abends 8 Uhr Uebung der Eprizenmannschaft des Turn- und Rettungsvereins in der Reithahn.

Eine brauchbare Köchin wird bald aber zu Ostern gesucht; wo? erfährt man in der Exped. d. Bl.

Das am 2 Februar c. beginnende Kreis-Ersatz-Geschäft wird im hiesigen Schießhause abgehalten werden, wobei 1) Donnerstag den 4 Februar c. von früh 7½ Uhr an die Musterung sämtlicher Gestellungspflichtigen aus der Stadt Grünberg, 2) Mittwoch den 10. Februar c. von früh 8 Uhr an die Loosung der Zwanzigjährigen aus dem ganzen Kreise erfolgen wird. — Die gestellungspflichtigen Mannschaften werden zum Musterungstermine noch besonders bestellt, wogegen eine anderweite Bestellung der Zwanzigjährigen zur Loosung den 10. Februar c. nicht weiter erfolgt, da für den Abwesenden durch ein Mitglied der Commission das Loos gezogen werden wird. — Schließlich werden diejenigen Wehrmänner, welche wegen ihrer Kränklichkeit vermeinen, für den Fall einer Mobilmachung nicht mehr dienstfähig zu sein, Behufs ärztlicher Untersuchung auf den vorgenannten Termin aufmerksam gemacht.

Am Sonnabend den 30. Januar c. Vormittags um 11 Uhr wird in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung die Einführung und Verpflichtung des Herrn Justiz-Raths Neumann als Beigeordneter für seine neue Amtsperiode, sowie die der zu Rathsherrn gewählten Herren Sucker und Gähler durch den Magistrat erfolgen.

Kleider, Federbetten, gute Möbeln, sowie Leib-, Bett- und Tischwäsche kauft und zahlt die höchsten Preise
E. Schmidt, Althändler.

Veränderungshalber.

Da ich meinen Keller räumen muß, so habe ich noch eine große Auswahl guter Aepfel zu einem billigen Preise zu verkaufen. Auch gute Kohlrüben in Schocken und auch im Einzelnen bei **H. Erdmann, Silberberg 102.**

Zum Taxiren von Nachlassachen empfiehlt sich
E. Schmidt,
gerichtlicher Taxator.

Photographien

werden billigt eingerahmt beim
Buchbinder **Ad. Seufleben**
am Ringe.

Mein an der Berlin-Breslauer Chaussee belegenes Wirthshaus mit 117 Morgen Acker, Wiesen und Wald nebst sämmtlichem todten und lebenden Inventarium will ich vom 1. Mai d. J. ab auf 6 Jahre verpachten. Cautionsfähige Pachtliebhaber können sich melden beim Gastwirth **Berein in Zauche.**

Ein Arbeitspferd verkauft
Solzmann

Zum 1. April d. J. sucht für seine Officin einen Lehrling der Apotheker **Pahl in Grossen a. D.**

Ein starker Apfelbaumstamm liegt zum Verkauf bei
Witwe Winderlich, Grünstraße.

Fertige Moiree-Röcke sind wieder vorrätig und empfiehlt

Wilhelmine Hartmann,
Berliner Straße.

Ein neues Sopha steht zum Verkauf beim
Sattlermeister **Kornakfi.**

Ein Glasschrank wird zu kaufen gesucht. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Den am 24. Januar erfolgten Tod unserer jüngsten Tochter Helene zeigen wir Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung hierdurch tiefbetrührt an.

M. Oppenheim und Fran

10 Thlr. Belohnung

erhält Derjenige von mir, welcher mir die Person namhaft macht, welche gestern das Gerücht verbreitet hat, es sei bei mir gerichtlich gesiegelt worden

Grünberg, den 27. Januar 1864.

Ferdinand Sommer,
Kürschnermeister.

Wein-Verkauf bei:

Zuchappreteur Bartlam, 62r 6 sg.
Herrmann Bartsch, 62r 6 sg.

Gottesdienst in der evangelischen Kirche.
(Am Sonntage Sexagesimä.)

Vormittagspred.: Herr Kreis-Vicar Uffe.

Nachmittagspred.: Herr Prediger Gleditsch.

Geld- und Effecten-Course.

Berlin, 26. Januar. Breslau, 25. Januar.

Schles. Pfdb. à 3½%:	91¼ G.	"	91¼ G.
" " B. à 3½%:	—	"	—
" " A. à 4%:	—	"	100¼ G.
" " B. à 4%:	—	"	—
" " C. à 4%:	—	"	100¼ B.
" " Pfdb. à 4%:	—	"	100¼ B.
" Rentenbriefe	96¾ G.	"	96¾ G.
Staatsanleihe 88	88 G.	"	87¼ G.
Freiwillige Anleihe	99¼ G.	"	—
Ant. v. 1859 à 5%	104¼ G.	"	104¼ B.
" à 4%	94¼ G.	"	94¼ B.
" à 4%	99¼ G.	"	100¼ B.
Prämienanleihe	118¼ G.	"	120¼ B.
Louisdor	110 G.	"	—

Marktpreise vom 26. Januar.

Weizen	48—57	str.	"	52—66	sg.
Roggen	35¾—36	"	"	36—40	"
Hafer	22—23 ½	"	"	25—29	"
Spiritus	14¼	"	"	13¾	str.

Marktpreise.

Nach Preuß. Maß und Gewicht. pro Scheffel.	Grünberg, den 23. Januar.				Görlitz, den 21. Januar.				Sagan, den 23. Januar.			
	Höchst. Pr.		Niedr. Pr.		Höchst. Pr.		Niedr. Pr.		Höchst. Pr.		Niedr. Pr.	
	thl.	sg. pf.	thl.	sg. pf.	thl.	sg. pf.	thl.	sg. pf.	thl.	sg. pf.	thl.	sg. pf.
Weizen	2	5	2	5	2	10	2	2	6	2	2	6
Roggen	1	10	1	8	1	17	6	1	11	3	1	13
Gerste, große . . .					1	8	9	1	6	3	1	11
Gerste, kleine . . .												
Hafer	28	9	26	3	26	3	22	6	1			26
Erbsen					2	5	1	27	6	1	15	
Hirse, gest.	4		3	28				18				
Kartoffeln		22		16		20						
Heu d. St.	1	10	1		1	7	6	27	6	1	12	6
Stroh d. St. r. Sch.	5	15	5	15	5		4	20				